

Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lesenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Die Brüsseler Sanktionen gegen Dissidenten werden auch international beachtet und verurteilt!](#)
2. [Die Unterwerfung Lateinamerikas](#)
3. [Peinlich: Trump-Regierung schwächt eigene Maduro-Anklage heimlich ab](#)
4. [Deutschland auf dem Weg in den Kriegsstaat](#)
5. [Raubzüge: Euroclear, Belgien und verschwundene Milliarden](#)
6. [Wie kamen sie zu Milliarden? Als Monopolisten, Insider, Erben](#)
7. [Deutschland und Europa: Kopflos in der Mitte der 20er Jahre](#)
8. [Sanktionen, Angst, Wohnungslosigkeit: Das steckt wirklich hinter der neuen Grundsicherung](#)
9. [Die Kluft bei den Einkommen wird statistisch verschleiert](#)
10. [Massiver Stromausfall in Berlin: "Das ist Schwachsinn"](#)

Vorbemerkung: Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Die Brüsseler Sanktionen gegen Dissidenten werden auch international beachtet und verurteilt!**

Dass sich die EU erlaubt, einzelne Personen wie zuletzt auch den Schweizer Jacques

Baud mit existenzbedrohenden Sanktionen zu „bestrafen“ und so versucht, sie zum Schweigen zu bringen, wird auch in etlichen anderen Ländern beachtet. Als Beispiel zitieren wir im Folgenden einen Kommentar von Professor Petr Drulák aus der Slowakei, der auch ein bekannter Diplomat ist, er war zum Beispiel zwei Jahre lang slowakischer Botschafter in Frankreich. Professor Drulák warnt davor, dass dieses Vorgehen das Recht umgeht und so einen gefährlichen Präzedenzfall für die Meinungsfreiheit schafft. Lesenswert!

Quelle: [Globalbridge](#)

dazu: **Causa Jacques Baud - ein krasser Fall staatlicher Willkür**

«Bestrafte einen und erziehe Millionen»

Interview mit dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko
Zeitgeschehen im Fokus In der letzten Zeit hört man aus der EU vermehrt
Ungeheuerliches. Es gibt gehäuft Fälle, bei denen Journalisten und Wissenschaftler
massiv in ihrem Leben eingeschränkt werden, wenn ihre Positionen von den
staatlichen Vorgaben abweichen, was als «Desinformation» bezeichnet wird. Was fällt
konkret unter Desinformation?

Andrej Hunko Ja, Desinformation ist das neue Zauberwort, das Schlüsselwort. Hier
stellt sich die Frage: Wer definiert, was Desinformation ist und was nicht? Alles, was
von staatlichen Stellen kommt oder von der EU, soll nach dieser Vorstellung keine
Desinformation sein. Die EU nimmt sich also das Recht heraus, die Wahrheit zu
bestimmen. In der Vergangenheit hat sich jedoch herausgestellt, dass gerade auch von
staatlicher Seite Desinformation verbreitet wurde.

Quelle: [Zeitgeschehen im Fokus](#)

dazu auch: **Das Versagen deutscher Mainstream-Medien beim Skandal um
Jacques Baud: „Es gibt kein Recht auf Putin-Propaganda“**

Quelle: [NachDenkSeiten](#)

und: **Bis hierher und nicht weiter! Wir protestieren gegen die rechtswidrigen
Sanktionen gegen Oberst Jacques Baud und den Kriegskurs der EU**

Quelle: [NachDenkSeiten](#)

2. Die Unterwerfung Lateinamerikas

Trotz neuer Morddrohungen von US-Präsident Donald Trump gegen Venezuelas Interimspräsidentin Delcy Rodríguez sieht die Bundesregierung weiter keinen Anlass zu Kritik an der Gewaltpolitik der USA. Nach Kanzler Friedrich Merz behauptete am Montag auch Außenminister Johann Wadephul, die Lage um den US-Überfall auf

Venezuela und die gewaltsame Verschleppung des venezolanischen Staatschefs sei zu „komplex“, als dass man sich ein Urteil über die offenkundigen Verbrechen erlauben könne. Das US-Vorgehen basiert auf der Anfang Dezember publizierten Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten, die der Westlichen Hemisphäre - Lateinamerika, der Karibik und Grönland - besondere Bedeutung einräumt. Rivalen der USA wie vor allem China, das äußerst enge Wirtschaftsbeziehungen in die Region unterhält, sollen mit allen Mitteln aus ihr verdrängt werden – nach dem Vorbild der Monroe-Doktrin von 1823. Der Versuch Washingtons, sich Lateinamerika vollständig zu unterwerfen, lässt den Machtkampf gegen China in der Region eskalieren. Die EU, die ihr Mercosur-Freihandelsabkommen in der kommenden Woche unterzeichnen will, droht endgültig abgedrängt zu werden.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

dazu: **EU-Reaktion auf US-Angriff in Venezuela: Sanfte Worte für Washington**

In Brüssel wird das US-Vorgehen in Venezuela als Chance für einen „demokratischen Übergang“ bewertet. Klare Kritik bleibt aus.

Die EU-Kommission hat die US-Militärintervention in Venezuela als Chance für einen „demokratischen Übergang“ bezeichnet. Die Entwicklung schaffe die Gelegenheit für einen von der venezolanischen Bevölkerung geführten demokratischen Prozess, sagte eine Sprecherin von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Montag in Brüssel.

Ein Wort der Kritik kam der Sprecherin nicht über die Lippen. „Es ist noch zu früh, um alle Auswirkungen juristisch zu prüfen und zu bewerten“, wiegelte sie ab. Dem von den USA gestürzten venezolanischen Staatschef Nicolás Maduro habe die Legitimität gefehlt. Maduros Absetzung biete nun die Chance auf einen Neubeginn.

Bemerkenswert ist, dass die EU-Kommission weder von einer Militärintervention noch von einem Verstoß gegen das Völkerrecht spricht. Die Brüsseler Behörde wagt es nicht einmal, in ihren Stellungnahmen die USA oder US-Präsident Donald Trump zu erwähnen. Dasselbe gilt für die meisten EU-Staaten – auch sie haben sehr viel Kreide gefressen.

In einer am Sonntagabend veröffentlichten gemeinsamen Erklärung, die auch von Deutschland getragen wird, fordern 26 EU-Länder (nur Ungarn fehlt) „Ruhe und Zurückhaltung von allen Akteuren“, um eine „friedliche Lösung der Krise“ zu ermöglichen. Den wichtigsten Akteur, US-Präsident Trump, erwähnen sie mit keinem Wort.

Quelle 1: Eric Bonse in der taz

<https://taz.de/EU-Reaktion-auf-US-Angriff-in-Venezuela/!6142977/>

Quelle 2: Lost in Europe

<https://lostineu.eu/venezuela-das-dokument-der-hilflosigkeit/>

dazu auch: **Der US-Blitzkrieg gegen Venezuela: Niemand ist mehr sicher**

Nach fünf Monaten – in Wirklichkeit aber zweieinhalb Jahrzehnten – sich ständig verschärfender Vorbereitungen, die durch zunehmende diplomatische, wirtschaftliche und verdeckte Kriegsführung gekennzeichnet waren, wurde von den USA schließlich eine vollständige Invasion zur Herbeiführung eines Regimewechsels in Venezuela durchgeführt. Die letzte Phase dieser Offensive war kurz und konzentrierte sich auf die Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro und seiner Frau Cilia Flores aus der venezolanischen Hauptstadt Caracas. Aber diese Kampagne verlief keineswegs ohne Blutvergießen. Über den genauen Ablauf vor Ort ist zwar wenig bekannt, doch die eindeutig als kriminell zu bezeichnenden Angriffe Washingtons auf mutmaßliche Schmugglerboote auf See – die den Kern der propagandistischen Vorbereitungsmaßnahmen für diese Offensive bildeten – führten bereits zu über 100 Todesopfern, ganz zu schweigen von den oft übersehnen Opfern der Sanktionen.

Quelle: [Tarik Cyril Amar auf RT DE](#)

und: **Auf, auf liebe Freunde des Völkerrechts! Es gibt was zu tun**

Quelle: [NachDenkSeiten](#)

3. **Peinlich: Trump-Regierung schwächt eigene Maduro-Anklage heimlich ab**

Die USA korrigierten ihre Anklage heimlich – doch Rubio sprach weiter vom “Kartell-Boss”. Die Widersprüche sindbrisant.

“Der Anführer des Cartel de los Soles”, so bezeichnete US-Außenminister Marco Rubio Nicolás Maduro noch am Tag nach dessen Entführung durch US-Spezialeinheiten. Diese kriminelle Vereinigung soll Drogen im großen Stil in die USA geschmuggelt haben.

Auch der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Armin Laschet (CDU), bezichtigte Maduro des “kriminellen Drogenterrorismus gegen die USA” – und begrüßte die US-Aktion gegen ihn. Sie habe die Welt angeblich sicherer gemacht.

Doch in der Anklageschrift, die nur Stunden vor Rubios Aussage veröffentlicht worden war, stand etwas ganz anderes: Das vermeintliche Kartell sei gar kein Kartell mehr, sondern ein “Patronagesystem” – eine Kultur der Korruption, kein Boss an der Spitze einer Pyramide.

Quelle: [Telepolis](#)

dazu: **Bundesregierung verweigert Antwort: Auf welcher Quellen-Grundlage beruht Merz-Aussage zu Maduro und Venezuela?**

Quelle: [NachDenkSeiten](#)

dazu auch: **Trump kidnapppt Maduro - und die Medien machen mit**

Drei Tage nach dem völkerrechtswidrigen US-Coup in Venezuela kommt man aus dem Staunen nicht heraus. Alle machen mit - nicht nur die europäischen Politiker, sondern auch die deutschen Medien.

Quelle: [Lost in Europe](#)

und: **Echt oder falsch? Die merkwürdigen Bilder von Nicolas Maduro**

Rund um die Welt veröffentlichten Medien unzählige Bilder von Nicolas Maduro. Echte und falsche sind kaum auseinanderzuhalten.

Auch Infosperber brachte gestern ein Bild des venezolanischen Präsidenten Nicolas Maduro in Handschellen. Möglicherweise hätten wir das besser nicht getan. Denn immer deutlicher zeigt sich, dass viele Bilder von seiner Festnahme und von den Jubelfeieren in Caracas nicht echt oder uralt sind.

Der französische Fernsehsender France 24 hat die Bilder untersucht. Ins Visier nahmen die France-24-Leute unter anderen jene Bilder, die zeigen, wie Beamte der amerikanischen Drogenbekämpfungsbehörde DEA den Präsidenten abführen. Misstrauisch wurden die Leute von France 24, weil die Bilder aus unterschiedlichen Perspektiven aufgenommen wurden.

Quelle: [Infosperber](#)

4. Deutschland auf dem Weg in den Kriegsstaat

Wie die entfesselte Militarisierung zum Schlüsselprojekt Deutschlands und der Europäischen Union in der Polykrise wurde

Die Europäische Union, Großbritannien und andere europäische NATO-Mitglieder haben einen Weg der massiven Militarisierung eingeschlagen, der in seiner Geschwindigkeit und seinem Umfang seit dem Zweiten Weltkrieg beispiellos ist. Die in allen NATO-Staaten außer Spanien angestrebten fünf Prozent des BIP für das Militär würden in Deutschland etwa 50 Prozent des Bundeshaushaltes entsprechen. Wenn die Staaten diese Verpflichtungen tatsächlich umsetzen würden, müssten sie die Ausgaben für Sozialleistungen, Bildung und Gesundheitsversorgung drastisch kürzen und gleichzeitig ihre Staatsdefizite erhöhen. Die Financial Times fasste die Agenda in einer Schlagzeile vom März 2025 zusammen: „Europa muss seinen Sozialstaat kürzen, um einen Kriegsstaat aufzubauen“. Mit anderen Worten: Die geplante Militarisierung ist Klassenkampf von oben. Obwohl die Regierungen ihre Verpflichtungen etwas abgeschwächt haben und erklären, dass nur 3,5 Prozent direkt in das Militär fließen sollen, während 1,5 Prozent für die Modernisierung der Infrastruktur für militärische

Zwecke vorgesehen sind, wären selbst 35 Prozent der nationalen Haushalte immer noch ein schwerer Schlag für das europäische Sozialstaatsmodell, das durch Jahrzehnte neoliberaler Politik ohnehin schwer angeschlagen ist.

Quelle: [Fabian Scheidler](#)

dazu auch: **USA ziehen Unterschrift zu Ukraine-Garantien zurück**

Rückschlag für die neue "Paris Declaration" zu möglichen Sicherheitsgarantien für die Ukraine: Die USA haben ihre Unterschrift zurückgezogen, wie "Le Monde" meldet. Die Amerikaner seien ohnehin nicht offizieller Partner gewesen, heißt es dazu im Pariser Elysée-Palast. Man habe aber alle Details mit den US-Vertretern abgesprochen. Allerdings fehlt in der Schlusserklärung ein entsprechender Passus. Dort ist nur noch von einem "proposed support of the US" die Rede.

"Wir gehen davon aus, dass die Zusagen der USA stark sind", sagte demgegenüber Regierungssprecher Cornelius in Berlin nach dem Treffen der sogenannten Koalition der Willigen in Paris. Die USA seien zu einer substanzuellen Unterstützung von Sicherheitsgarantien bereit.

Allerdings ist weiter unklar, wie diese Garantien aussehen sollen. Er habe "keine klare Antwort" erhalten, wie die "Willigen" auf einen russischen Angriff reagieren würden, klagt Präsident Selenskyj, ebenfalls laut "Le Monde".

Quelle: [Lost in Europe](#)

5. Raubzüge: Euroclear, Belgien und verschwundene Milliarden

Der belgische Finanzdienstleister Euroclear hat aktuell durch den von ihm verwalteten und nun eingefrorenen russischen Staatsfonds und den von einigen EU-Ländern gewünschten Zugriff auf dieses Vermögen große Publizität erlangt. Weniger bekannt ist, dass Euroclear bereits 2018 in der Kritik war, weil es auf Wunsch der Europäer unrechtmäßig Zinserträge aus eingefrorenem libyschem Staatsvermögen auf dubiose Konten überwies. Der anschließende handfeste Finanzskandal könnte Belgien im Falle des russischen Staatsvermögens als Warnung gedient haben. Das Finanzinstitut Euroclear ist eines der drei westlichen Central Securities Depository (CSD), dem Zentralbanken, Geschäftsbanken und Großinvestoren ihre Milliarden in Form von Staatsanleihen, Wertpapieren, Aktien, Fremdwährungen oder sonstigen handelbaren Bankprodukten zur Verwaltung anvertrauen und so den internationalen Finanzfluss und grenzüberschreitenden Handel garantieren.

Quelle: [Gela-News](#)

6. Wie kamen sie zu Milliarden? Als Monopolisten, Insider, Erben

Superreich wurden sie nicht im harten Wettbewerb. Ihre Leistung besteht im Korrumpern des Staates. Extrem so 2025 in den USA.

Robert Reich war Arbeitsminister unter Präsident Bill Clinton, Professor für öffentliche Politik an der University of California und gibt heute «Inequality Media» heraus. Sie verfügen über ein Monopol, treiben Insiderhandel, zahlen Schmiergelder, erpressen einen Grossinvestor oder sie erben ein riesiges Vermögen. Im Jahr 2025 zeigten sich Milliardäre besonders schamlos. In den USA wurde die Korruption besonders offensichtlich.

Seit vielen Jahren warne ich davor, dass immer mehr nationaler Reichtum in die Hände immer weniger Menschen wandert. In den USA besitzt ein einziges Prozent der Einwohner die Hälfte aller Börsenwerte und 40 Prozent des gesamten Reichtums. Zehn Prozent der Einwohner kontrollieren 90 Prozent des gesamten Reichtums. Oft höre ich dann: «Das ist doch der freie Markt» oder «Der Wettbewerb hat entschieden, dass sie es verdienen».

Das ist Unsinn.

Quelle: [Infosperber](#)

7. Deutschland und Europa: Kopflos in der Mitte der 20er Jahre

Das erste Viertel dieses Jahrhunderts ist zu Ende und man muss leider konstatieren, dass die Menschheit in den vergangenen hundert Jahren nicht klüger geworden ist. Die Mitte der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts ist zu einem Symbol der Leichtigkeit geworden, in Wirklichkeit war es jedoch ein Tanz auf dem Vulkan. Man versuchte, einen gewaltigen Krieg zu vergessen und übersah, dass sich die Spannungen für einen neuen global wirkenden Waffengang bereits aufbauten. Heute ist die Ausgangslage eine ganz andere, aber die Mechanismen, die zum Krieg, zur primitivsten aller Konfliktlösungen führen, sind weiter intakt.

Wieder huldigt Europa dem Militär in naiver und gefährlicher Weise.

Quelle: [Relevante Ökonomik](#)

dazu: **Der Merz-Brief und die geplante Mainzer Erklärung der CDU besiegen Deutschlands wirtschaftlichen Untergang**

Friedrich Merz hat einen programmatischen Brief geschrieben. Er richtet an die Bundestagsabgeordneten der beiden die Regierung tragenden Parteien. Friedrich Merz erklärt darin erneut den europäischen Partnern den Wirtschaftskrieg, weil er über die Verbesserung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit und über die Absenkung der Arbeitskosten die deutsche Wirtschaft wieder in Gang bringen will.

Quelle: [Relevante Ökonomik](#)

dazu auch: **2025 war für Westeuropa ein düsteres Jahr - mit riesigem Tempo marschiert die EU in den Abgrund**

Rücksichtslose Kriegstreiberei, politische Manipulation und Propaganda - das

vergangene Jahr war in der EU schlimm genug. Im neuen Jahr kann der Weg in den Abgrund nur noch schneller werden. (...)

Was jedoch wirklich originell an der Rolle der EU ist, die uns immer näher an einen selbstzerstörerischen Krieg treibt, ist etwas anderes - nämlich ihr massiver Beitrag zur kognitiven Kriegsführung und Propaganda. Auch wenn dies ein sehr aktives Betätigungsfeld ist, in dem die NATO und die nationalen europäischen Regierungen heftig darum konkurrieren, wer seine Bevölkerung am meisten in Angst und Schrecken versetzen kann, hat die EU doch etwas Besonderes an sich. Sie strebt eindeutig eine Führungsrolle in der "kognitiven Sicherheit" an, was ein Euphemismus für die Erlangung einer "Lizenz" darstellt, eigene Propaganda zu betreiben, indem man den anderen - in diesem Fall natürlich Russland - kognitiver Aggression bezichtigt.

Quelle: [Tarik Cyril Amar auf RT DE](#)

8. Sanktionen, Angst, Wohnungslosigkeit: Das steckt wirklich hinter der neuen Grundsicherung

Eine Armutsbetroffene kritisiert: Unter neuem Namen kehren alte, verfassungswidrige Sanktionen zurück. Warum die neue Grundsicherung Armut verschärft, Obdachlosigkeit fördert und Vertrauen in den Sozialstaat zerstört

Jüngst hat der Bundestag die neue Grundsicherung beschlossen - ein Gesetz, das aus meiner Sicht eine sozialpolitische Katastrophe darstellt. Es ist nicht nur ein Rückschritt hinter das Bürgergeld, sondern in zentralen Punkten sogar noch schlimmer als die früheren Hartz-IV-Regelungen. Ein Armutszeugnis unserer Regierung.

Dieses Gesetz basiert auf einer Lüge: Beziehende von Bürgergeld würden massenhaft betrügen und müssten deshalb härter sanktioniert werden. Dass es empirisch nicht stimmt, scheint egal. Es zeigt dafür, wie sehr Populismus und Symbolpolitik unseren politischen Diskurs vergiftet haben. Das schockiert und entsetzt mich.

Während bei den Hartz-IV-Reformen noch ein gesellschaftliches Bewusstsein dafür existierte, dass wir alle perspektivisch betroffen sein könnten, scheint dieses heute weitgehend verschwunden. Das Schweigen ist laut - und den Betroffenen macht das Angst. Ist ein Sozialstaat noch ein Sozialstaat, wenn er auf Abschreckung setzt?

Quelle: [Janina Lütt in der Freitag](#)

dazu: "**Irgendwann ging es nicht mehr**"

Mehr als fünf Millionen Menschen bekommen Bürgergeld. Jetzt reformiert die Politik das System. t-online hat mit Menschen gesprochen, die direkt davon betroffen sind. Vier Menschen, vier Wege ins Bürgergeld - und kaum eine Gemeinsamkeit auf den

ersten Blick. Sie alle wollten arbeiten oder haben gearbeitet, sie alle haben versucht, sich durchzuschlagen. Und doch sind sie irgendwann im System der Grundsicherung gelandet – aus Erschöpfung, Krankheit, Überforderung oder schlichtweg Pech.

Diese Protokolle erzählen vom Leben als Leistungsempfänger jenseits von Klischees. Von Menschen, die kämpfen, scheitern, neu anfangen – und manchmal auch einfach stehen bleiben. Sie zeigen, wie unterschiedlich die Wege ins Bürgergeld sind und wie stark das System selbst diese Wege prägt.

Quelle: [t-online](#)

dazu auch: **Sozialkürzungen sparen kein Geld, sie verschieben nur die Rechnung**

Während österreichweit an sozialen Ausgaben und Projekten gespart wird, denkt kaum jemand unter den Entscheidungsträger:innen an die Folgen oder die Kosten, die dadurch in Zukunft entstehen. Denn manche Einsparungen sind ein teures Geschenk – bezahlt mit einem Kredit aus der Zukunft.

Wien und ganz Österreich stehen vor einer neuen Runde von Sozialkürzungen. Förderungen werden eingefroren oder gestrichen, Leistungen eingeschränkt, Zugänge erschwert. Die Begründung klingt dabei meist so: Sparzwang, Budgetloch, „Gürtel enger schnallen“.

Doch diese Logik ist kurzsichtig und gefährlich. Denn Sozialkürzungen sparen kein Geld, sie verschieben nur Kosten. Und zwar in Bereiche, in denen sie später deutlich höher ausfallen.

Quelle: [Pressenza](#)

Anmerkung unseres Lesers G.G.: Die Feststellungen in diesem österreichischen Artikel sind eins zu eins auf Deutschland übertragbar. Einfach unfassbar, auf welchem Niveau inzwischen politische Entscheidungen zum Nachteil der aktuellen und kommender Generationen getroffen werden.

9. Die Kluft bei den Einkommen wird statistisch verschleiert

Niedrigverdiener würden sich den Spaltenverdiennern langsam annähern. Es braucht keine weiteren Massnahmen, beruhigen die Reichen.

Einkommensunterschiede bergen Sprengstoff. Werden sie zu gross, bröckelt der soziale Zusammenhalt. Das Vertrauen in die Politik geht verloren. Es kommt zu sozialer Unzufriedenheit.

Rechte Parteien und ihre Lobbys beschwichtigen, es gebe gar kein Problem. Sie vertreten die Interessen der Mittel- und der Oberschicht. Diese kassiert als Einkommen nicht nur enorme Löhne, sondern auch Zinsen, Dividenden und andere

Kapitalausschüttungen, von denen Lohnabhängige nur träumen können. Dass die Kluft zwischen den Einkommen seit Jahren immer grösser wird, wollen Grossverdienende lieber nicht transparent machen. Dies gelingt ihnen nicht zuletzt mit einem statistischen Schwindel, den sie national und international salonfähig machen konnten. Viele Medien verbreiten die Irreführungen.

Quelle: [Infosperber](#)

dazu: **10-Billionen-Marke überschritten: Geldvermögen privater Haushalte steigt auf Rekordsumme**

Etwas mehr als 10 Billionen Euro - diese unvorstellbare Rekordsumme, eine 1 mit 13 Nullen, nennen Deutschlands Privathaushalte ihr Eigen. Das Geldvermögen steigt seit Jahren, weil die Menschen hierzulande sparen wie die Weltmeister und trotz einer weitverbreiteten Börsenskepsis inzwischen zunehmend auch von steigenden Aktienkursen profitieren.

Quelle: [Tagesspiegel](#)

Anmerkung unseres Lesers H.B.: „Sprengstoff für die Demokratie“ - Neuer Regierungsbericht: Vermögensverteilung in Deutschland extrem ungleich - Der Paritätische - Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege

dazu auch: „**Die Deutschen besitzen erstmals mehr als zehn Billionen Euro**“

Mit dieser Überschrift beschreibt ntv, dass in dem „wunderschönen Land“ (Friedrich Merz) das Geldvermögen (nicht das Vermögen insgesamt!) einen Wert überschritten hat, der uns vor Begeisterung in Jubelstimmung versetzt. Im Text wird sodann festgestellt, dass „Das Vermögen der Deutschen wächst, in der Summe wird das Land immer reicher.“ Auch das Handelsblatt und der Tagesspiegel feiern diese wunderbare „Rekordsumme“.

Wir sind also alle reicher geworden, weil es den reichen Menschen in Deutschland schlicht unmöglich war, das Geld, das ihnen Monat für Monat zufließt, auszugeben. In den oberen Einkommensklassen hat man so viel verdient, dass man 40, 50 oder sogar 60 Prozent einfach nicht brauchte und dieses Geld folglich zur Bank oder zu einem sonstigen „Investor“ getragen hat, der damit zinstragende Papiere gekauft hat.

Haben Sie etwas davon verspürt, wie dieser Vorgang, den wir üblicherweise „sparen“ nennen, auch Sie reicher gemacht hat?

Quelle: [Relevante Ökonomik](#)

10. **Massiver Stromausfall in Berlin: „Das ist Schwachsinn“**

Politiker fordern nun, kritische Infrastruktur weniger transparent zu machen. Hilft

das?

Nein. Die Frage darf nicht sein, ob potenzielle Täter etwas herausfinden können. Denn bei Naturereignissen, die zu einer Katastrophe führen können, hilft Geheimhaltung auch nicht. Wenn ein Sturm oder Hochwasser Leitungen beschädigt, ist Transparenz völlig irrelevant. Entscheidend ist allein, ob wir gut vorbereitet sind und schnell reagieren können. Die Forderung, Infrastrukturpläne geheim zu halten, ist populistisch und lenkt vom eigentlichen Problem ab. Was wir brauchen, ist Resilienz: funktionierende Krisenstäbe, Notfallpläne, Ersatzstromversorgung, schnelle Reparaturprozesse. Franziska Giffey (Stellvertretung des Regierenden Bürgermeisters Berlins) und der NRW-Innenminister Reul fordern Geheimhaltung, aber das ist Schwachsinn und zeigt die politische Hilflosigkeit.

Wo sehen Sie aktuell die größten Schwächen?

In der politischen Rollenverteilung und im Krisenmanagement. Wenn ein Oberbürgermeister ankündigt, jetzt alle Energie in die Täterjagd zu stecken, dann hat er seine Aufgabe nicht verstanden. Strafverfolgung ist nicht seine Zuständigkeit. Seine Aufgabe ist es, den Krisenstab zu leiten, zu koordinieren und funktionsfähig zu halten. Davon hat man in Berlin viel zu wenig gesehen – auch kommunikativ. Statt Probleme zu lösen, wird mit populistischen Aussagen von der eigenen Überforderung abgelenkt.

Quelle: [t-online](#)

dazu auch: **Strom-Terror in Berlin: Kannste dir nicht ausdenken!**

Quelle: [NachDenkSeiten](#)